



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 8.12.2023
C(2023) 8301 final

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 8.12.2023

**über die Finanzierung der Sondermaßnahme 2023 zugunsten der Bevölkerung
Myanmars/Birmas**

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 8.12.2023

über die Finanzierung der Sondermaßnahme 2023 zugunsten der Bevölkerung Myanmars/Birmas

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012¹, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates², insbesondere auf Artikel 23 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Damit die Durchführung der Sondermaßnahme 2023 für die Bevölkerung Myanmars/Birmas gewährleistet werden kann, ist die Annahme eines jährlichen Finanzierungsbeschlusses erforderlich, der das jährliche Arbeitsprogramm für 2023 darstellt. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 (im Folgenden die „Haushaltsordnung“) sind ausführliche Vorschriften für Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 AEUV erlassenen restriktiven Maßnahmen³ festgelegt sind.
- (3) Die Ziele der im Rahmen der Verordnung (EU) 2021/947 zu finanzierenden Maßnahme des geografischen Programms „Asien und Pazifik“ bestehen darin, einen Beitrag zu den Bemühungen um Frieden und Konfliktminderung zu leisten und die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Stärkung der Resilienz von Gemeinschaften aufzuwerten; die Existenzgrundlagen vulnerabler Gruppen und ihre Resilienz gegenüber dem Klimawandel zu stärken und diese Gruppen in die Lieferketten zu integrieren; geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen und strategische Kommunikation in Myanmar/Birma zu fördern.

¹ ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

² ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 1.

³ www.sanctionsmap.eu. Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

- (4) Mit der Machtübernahme durch das Militär am 1. Februar 2021 wurde der demokratische und sozioökonomische Wandel in Myanmar/Birma abrupt zum Stillstand gebracht und das Land wieder unter Militärherrschaft gestellt. In den Schlussfolgerungen des Rates (Auswärtige Angelegenheiten) vom 22. Februar 2021 (Dok. Nr. 6287/21)⁴ wird gefordert, die Militärregierung nicht zu legitimieren und gleichzeitig die Bevölkerung von Myanmar/Birma, insbesondere die vulnerabelsten Gruppen, weiterhin zu unterstützen. Unter diesen unvorhergesehenen Umständen ist es nicht möglich, ein Mehrjahresrichtprogramm mit der Militärregierung zu vereinbaren, und in Ermangelung alternativer Finanzierungsquellen ist eine Sondermaßnahme erforderlich, um Unterstützung für die Bevölkerung und die Zivilgesellschaft zu gewährleisten und gleichzeitig eine direkte oder indirekte Unterstützung der staatlichen Systeme und Strukturen zu vermeiden.
- (5) Die Maßnahme „Förderung von Frieden, Demokratisierung und Resilienz in Myanmar/Birma“ ist darauf ausgerichtet, die beteiligten Interessenträger bei ihren konstruktiven Bemühungen, Konflikte auf lokaler Ebene zu überwachen, zu managen und zu entschärfen, zu unterstützen, eine gemeinsame Vision für einen lang anhaltenden Frieden zu konsolidieren und zugleich lokale Akteure und Organisationen zu fördern, die zur Stärkung der Resilienz beitragen.
- (6) Die Maßnahme „Nachhaltige Lebensgrundlagen und inklusives Wachstum“ ist darauf ausgerichtet, die Ungleichheit zu verringern, indem die sozioökonomische Resilienz der Bevölkerung in ländlichen und stadtnahen Gebieten Myanmars/Birmas gestärkt wird.
- (7) Die Maßnahme „Bekämpfung, Eindämmung und Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt in Myanmar/Birma“ ist darauf ausgerichtet, zur Beseitigung der geschlechtsspezifischen Gewalt in von Konflikten und Krisen betroffenen Gemeinschaften Myanmars/Birmas beizutragen.
- (8) Die Maßnahme „Strategische Kommunikation in Myanmar/Birma“ ist darauf ausgerichtet, die EU als Unterstützerin der Bevölkerung Myanmars/Birmas und als wichtigen Partner in den Augen der breiten Öffentlichkeit sowie ausgewählter Interessenträger zu positionieren.
- (9) Die Kommission sollte – vorbehaltlich des Abschlusses einer entsprechenden Vereinbarung – Beiträge anderer Geber nach Artikel 21 Absatz 2 der Haushaltsordnung anerkennen und annehmen. Bei nicht auf Euro lautenden Beiträgen sollte eine angemessene Schätzung des Umrechnungsbetrags vorgenommen werden.
- (10) Die Finanzhilfen sollten ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden können und es sollten Bedingungen für die Gewährung dieser Finanzhilfen festgelegt werden.
- (11) Die Kommission sollte die Einleitung einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und von Ausschreibungen mit einer Suspensivklausel vor der Annahme dieses Beschlusses genehmigen.
- (12) Nach Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/947 sind die Maßnahmen im Wege der indirekten Mittelverwaltung durchzuführen.
- (13) In Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, hat die Kommission sicherzustellen, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 154 Absatz 3 der Haushaltsordnung

⁴ <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6287-2021-INIT/de/pdf>

vorgesehenen Maße geschützt werden. Zu diesem Zweck sind die Systeme und Verfahren dieser Stellen und Personen nach Artikel 154 Absatz 4 der Haushaltsordnung⁵ zu bewerten und erforderlichenfalls nach Artikel 154 Absatz 5 der Haushaltsordnung geeigneten Aufsichtsmaßnahmen zu unterziehen, bevor eine Beitragsvereinbarung unterzeichnet werden kann.

- (14) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Haushaltsordnung vorzusehen.
- (15) Im Interesse einer flexiblen Durchführung der Maßnahme sollten Änderungen zugelassen werden, die für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung nicht als substantiell anzusehen sind.
- (16) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme steht im Einklang mit der Stellungnahme des mit Artikel 45 der Verordnung (EU) 2021/947 eingesetzten Ausschusses —

BESCHLIEßT:

Artikel 1 *Die Maßnahme*

Der jährliche Finanzierungsbeschluss, der die Jahresmaßnahme zur Durchführung der in den Anhängen dargelegten Sondermaßnahme zugunsten der Bevölkerung Myanmars/Birmas für das Jahr 2023 darstellt, wird angenommen.

Die Maßnahme umfasst folgende Teile:

- a) „Förderung von Frieden, Demokratisierung und Resilienz in Myanmar/Birma“ gemäß Anhang I;
- b) „Nachhaltige Lebensgrundlagen und inklusives Wachstum“ gemäß Anhang II;
- c) „Bekämpfung, Eindämmung und Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt in Myanmar/Birma“ gemäß Anhang III;
- d) „Strategische Kommunikation in Myanmar/Birma“ gemäß Anhang IV.

Artikel 2 *Beitrag der Union*

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung der Sondermaßnahme für das Jahr 2023 beläuft sich auf 55 000 000 EUR und wird aus Mitteln finanziert, die unter der folgenden Haushaltslinie des Gesamthaushaltsplans der Union eingestellt wurden: BGUE-B2024-14.020131 Süd- und Ostasien.

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Dieser Beschluss kann nur umgesetzt werden, wenn die im Gesamthaushaltsplan der Union für 2024 vorgesehenen Mittel infolge des Erlasses jenes Haushaltsplans durch die Haushaltsbehörde verfügbar sind.

⁵ Außer in den in Artikel 154 Absatz 6 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 genannten Fällen, in denen die Kommission beschließen kann, keine Ex-ante-Bewertung zu verlangen.

Artikel 3

Art des Haushaltsvollzugs und mit dem Vollzug betraute Stellen oder Personen

Die Maßnahmen, die nach Maßgabe der Anhänge in indirekter Mittelverwaltung umgesetzt werden, können Stellen oder Personen übertragen werden, die in Anhang I Nummern 4.4.3 und 4.4.4, in Anhang II Nummer 4.4.2 und in Anhang III Nummer 4.4.1 genannt oder nach den dort festgelegten Kriterien ausgewählt werden.

Artikel 4

Flexibilitätsklausel

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen von bis zu 10 000 000 EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, oder Änderungen der Mittelzuweisungen⁶ für einzelne Maßnahmen, die in der Summe 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen des Umsetzungszeitraums gelten nicht als substantiell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

Artikel 5

Finanzhilfen und Vergabe öffentlicher Aufträge

Finanzhilfen können gemäß den in den Anhängen dargelegten Bedingungen ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden. Finanzhilfen können an die in den Anhängen genannten Stellen nach den Kriterien gemäß Anhang I Nummer 4.4.1 und Anhang II vergeben werden.

Die Veröffentlichung einer Ausschreibung mit einer Suspensivklausel vor der Annahme dieses Beschlusses wird ab dem unter Nummer 4.4.1 des Anhangs IV festgelegten Zeitpunkt genehmigt.

Brüssel, den 8.12.2023

*Für die Kommission
Margaritis SCHINAS
Vizepräsident*

⁶ Solche Änderungen können sich daraus ergeben, dass nach der Annahme des Finanzierungsbeschlusses zweckgebundene Einnahmen verfügbar werden.